

## Deutsch – Wie Schweden regiert wird

### Die Regierung und die Kanzlei der Ministerien

#### **Der Ministerpräsident und die anderen Minister**

Nach jeder Wahl unterbreitet der Präsident des Reichstags, des schwedischen Parlaments, einen Vorschlag für einen neuen Ministerpräsidenten. Der Ministerpräsident wird anschließend vom Reichstag ernannt und mit der Bildung einer Regierung beauftragt. Die Regierung, die vom Ministerpräsidenten geleitet wird, regiert Schweden. Die Regierung besteht aus dem Ministerpräsidenten und einer Reihe von Ministern, die jeweils einen eigenen Zuständigkeitsbereich haben.

#### **Die Arbeit der schwedischen Regierung**

Die Regierung regiert Schweden und ist die treibende Kraft bei der Schaffung und Änderung von Gesetzen, wodurch sie die Entwicklung der Gesellschaft als Ganzes beeinflusst. Die Regierung ist jedoch gegenüber dem Reichstag rechenschaftspflichtig und braucht dessen Unterstützung, um ihre Politik umsetzen zu können.

Die Regierung regiert das Land, was Folgendes beinhaltet:

- die Vorlage von Gesetzesvorschlägen an den Reichstag;
- die Umsetzung der vom Reichstag getroffenen Entscheidungen;
- die Ausübung der Verantwortung für den vom Reichstag genehmigten Haushalt;
- die Vertretung Schwedens in der EU;
- Abschluss von Abkommen mit anderen Staaten;
- die Leitung von Aktivitäten der Zentralregierung;
- Fällen von Entscheidungen in bestimmten Verwaltungsangelegenheiten, die nicht in den Zuständigkeitsbereich anderer Behörden fallen.

Die Änderungen, die die Regierung vornehmen möchte, werden in Gesetzesvorschlägen oder Regierungsvorlagen dargelegt, die dann dem Reichstag zur Genehmigung vorgelegt werden. Die Regierung ist auch für die Ausarbeitung eines Vorschlags für den Haushalt der Regierung zuständig.

Wenn der Reichstag über eine Angelegenheit entschieden hat – zum Beispiel über ein neues Gesetz oder den Haushalt der Zentralregierung – ist es Aufgabe der Regierung, den Beschluss des Reichstags umzusetzen. Wenn ein neues Gesetz den Bürgern neue Rechte einräumt oder neue Pflichten auferlegt, bedeutet dies auch neue Verantwortlichkeiten für die Behörde, in deren Zuständigkeitsbereich das Gesetz fällt.

#### **Kollektive Entscheidungsfindung**

Die Regierung fasst ihre Beschlüsse zu allen Regierungsgeschäften auf den einmal wöchentlich stattfindenden Regierungssitzungen gemeinsam. Mindestens fünf Minister

müssen anwesend sein, damit die Regierung beschlussfähig ist. Regierungsbeschlüsse sind der formale und letzte Schritt eines langen Entscheidungsprozesses. Einem Regierungsbeschluss geht oft eine mehrmonatige Arbeit auf Beamtenebene voraus. Es kommt vor, dass eine Angelegenheit die Zuständigkeitsbereiche mehrerer Minister berührt. In diesem Fall wird er von deren Mitarbeitern gemeinsam vorbereitet. Alle Minister müssen mit dem Beschluss einverstanden sein, bevor er auf der Regierungssitzung behandelt wird. Jedes Jahr werden rund 6 000 Regierungsbeschlüsse gefasst. Informationen sind sowohl vor als auch nach der Beschlussfassung auf [regeringen.se](http://regeringen.se) verfügbar.

### **Die Arbeit der Kanzlei der Ministerien**

Die Kanzlei der Ministerien ist eine Regierungsbehörde, die als Personal der Regierung dient und die Regierung bei der Verwaltung Schwedens und der Umsetzung ihrer Politik unterstützt. Zur Kanzlei der Ministerien gehören die Kanzlei des Ministerpräsidenten, die Ministerien und die Verwaltungszentrale. Die Kanzlei der Ministerien hat etwas mehr als 4 500 Mitarbeiter, von denen etwa 200 politisch ernannt werden. Bei einem Regierungswechsel treten die politisch ernannten Mitarbeiter zurück, während die nicht politisch eingestellten Beamten ihre Positionen behalten.

Die Kanzlei des Ministerpräsidenten leitet und koordiniert die Arbeit in der Kanzlei der Ministerien und ist für die Koordinierung der schwedischen EU-Politik zuständig. Die Kanzlei des Ministerpräsidenten wird vom Ministerpräsidenten geleitet.

Jedes Ministerium wird von einem Minister geleitet. Darüber hinaus kann ein Ministerium weitere Minister haben, die für bestimmte Ressorts zuständig sind. Jeder Minister hat einen Stab von politisch ernannten Beamten, zum Beispiel Staatssekretäre, politische Berater und Pressesprecher.

Unterhalb der Ministerebene wird die Arbeit eines Ministeriums vom Staatssekretär geleitet, der dem Minister unmittelbar unterstellt ist. Jedes Ministerium hat außerdem einen Ministerialdirektor für Verwaltungsangelegenheiten, der dafür verantwortlich ist, dass die Verwaltungsangelegenheiten, die der Regierung vorgelegt werden, ordnungsgemäß abgewickelt werden, und einen Ministerialdirektor für Rechtsangelegenheiten, der für die Ausarbeitung von Gesetzesvorschlägen und Verordnungen zuständig ist. Die meisten Regierungsgeschäfte werden von Beamten in den verschiedenen Abteilungen und Referaten der Ministerien vorbereitet.

Alle Ministerien sind an der Arbeit der Europäischen Union (EU) beteiligt, und Beamte aus allen Ministerien vertreten Schweden in der EU und bereiten Themen im Vorfeld von EU-Sitzungen vor.

Schweden hat rund 100 Auslandsvertretungen. Botschaften, Vertretungen, Delegationen und Konsulate fallen in diese Kategorie. Zusammen mit den mehr als 300 Honorarkonsulaten bilden sie die schwedische Auslandsvertretung.

## **Staatliche Behörden**

Jedes Ministerium ist für eine Reihe von staatlichen Behörden verantwortlich, die mit der Anwendung der Gesetze und der Durchführung der vom Reichstag und der Regierung beschlossenen Aktivitäten beauftragt sind. Das Schwedische Migrationsamt und das Schwedische Zentralamt für Finanzwesen sind Beispiele für staatliche Behörden.

Jedes Jahr erlässt die Regierung Mittelverfügungen für die staatlichen Behörden. Darin wird festgelegt, welche Ziele die Behörden verfolgen sollen und wie viel Geld ihnen zur Verfügung stehen soll. Die Regierung hat also einen beträchtlichen Spielraum, um die Tätigkeit der Behörden zu lenken, aber sie ist nicht befugt, in die Rechtsanwendung oder die Entscheidung einer Behörde in einem bestimmten Fall einzugreifen. Die Kanzlei der Ministerien trifft treffen diese Entscheidungen unabhängig und ist den Ministerien berichtspflichtig. In vielen anderen Ländern ist ein Minister befugt, direkt in das Tagesgeschäft einer Behörde einzugreifen. Diese Möglichkeit gibt es in Schweden nicht, da eine „Ministerherrschaft“ verboten ist.

Die Regierung ist für die Einstellung und Ernennung der Leiter (Ministerialdirektoren) der staatlichen Behörden zuständig.

## **Das Haushaltsverfahren**

Der Haushalt der Zentralregierung ist ein langwieriger Prozess, der mehr als ein Jahr vor Beginn des betreffenden Haushaltsjahres beginnt. Der Prozess beginnt im Dezember, wenn das Finanzministerium der Regierung Prognosen für die wirtschaftliche Entwicklung vorlegt. Im März finden innerhalb der Regierung Diskussionen über die Ausrichtung des Haushalts der Zentralregierung statt. Der Gesamtschwerpunkt für die kommenden Jahre wird in der Frühjahrsvorlage zur Finanzpolitik dargelegt, die dem Reichstag im April vorgelegt wird.

Die Arbeit in den Ministerien wird im Frühjahr und Sommer fortgesetzt, und die Regierung legt dem Reichstag im September Vorschläge für den Haushalt des Zentralstaates für das kommende Jahr – den Haushaltsentwurf – vor.

Während der Reichstag über den Haushaltsentwurf berät, erstellen die Ministerien Mittelanweisungen für die staatlichen Behörden. Die Regierung beschließt die Verwendungsrichtlinien für die staatlichen Behörden vor Ende des Kalenderjahres.

## **Das Gesetzgebungsverfahren**

Der Reichstag entscheidet über die Verabschiedung neuer Gesetze. Die meisten Gesetzesvorschläge werden von der Regierung eingebracht. Die Regierung legt dem Reichstag jedes Jahr rund 200 Gesetzesentwürfe vor. In einigen von ihnen geht es um neue Rechtsvorschriften, während in anderen Änderungen an bestehenden Gesetzen vorgeschlagen werden.

## **Untersuchungen und Ausschüsse**

Einige der von der Regierung behandelten Angelegenheiten sind komplexer als andere. In solchen Fällen kann die Regierung einen Untersuchungsvorsitzenden (eine Person) oder einen Untersuchungsausschuss (eine Gruppe, die aus mehreren Personen besteht) ernennen, um die Angelegenheit zu untersuchen. Die Regierung gibt ein Mandat für die Untersuchung vor. Die Ergebnisse der Untersuchung werden in einem Bericht zusammengefasst, der veröffentlicht und der Allgemeinheit zugänglich gemacht wird.

Wenn die Regierung ein neues Gesetz einführen will, läuft das Verfahren in der Regel folgendermaßen ab:

1. Es wird eine staatliche Untersuchungskommission eingesetzt, die sich mit dem Thema befasst. Ein Ausschuss oder eine Einzelperson wird damit beauftragt, die Bedingungen für die von der Regierung gewünschten Maßnahmen zu untersuchen. Der Rahmen für den Auftrag wird in einem Mandat festgelegt.
2. Wenn die Untersuchung abgeschlossen ist, verfasst der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses oder der Ausschuss einen Bericht.
3. Der Bericht wird zur Konsultation an die zuständigen staatlichen Behörden, Organisationen, Gemeinden und andere Interessengruppen geschickt, die sich dazu äußern können. Wenn viele der konsultierten Stellen eine ablehnende Haltung einnehmen, kann der Beschluss gefasst werden, die Angelegenheit nicht weiter zu verfolgen oder zu versuchen, alternative Lösungen zu den in der Untersuchung vorgeschlagenen zu finden.
4. Der Bericht wird auch an den Gesetzgebungsrat weitergeleitet, der die rechtlichen Aspekte prüft.
5. Die Regierung erstellt dann einen Vorschlag in Form einer Regierungsvorlage für den Reichstag.
6. Ein parlamentarischer Ausschuss kann eine Stellungnahme zu dem Vorschlag abgeben (Ausschussbericht).
7. Der Reichstag stimmt über den Gesetzentwurf ab. Wird der Entwurf angenommen, kann das neue Gesetz im schwedischen Gesetzblatt (Sveriges Författningssamling – SFS) verkündet werden.

Einige Gesetze, die Schweden betreffen, werden von der Europäischen Union erlassen. Bestimmte in der EU verabschiedete Gesetze sind in Schweden direkt anwendbar, ohne dass der Reichstag darüber entscheiden muss.

## Das schwedische Sozialmodell

### Ein demokratisches System mit freien Wahlen

Schweden ist eine Demokratie mit einer parlamentarischen Regierungsform, was bedeutet, dass die gesamte öffentliche Macht vom Volk ausgeht. Die Gesetze werden vom Reichstag verabschiedet, einem Parlament mit 349 Mitgliedern, die alle vier Jahre vom Volk gewählt werden. Nach jeder Wahl schlägt der Reichspräsident einen neuen Ministerpräsidenten vor. Der Ministerpräsident wird dann vom Reichstag ernannt und mit der Bildung einer Regierung beauftragt. Die Regierung, die von einem Ministerpräsidenten geleitet wird, regiert Schweden.

Formal ist Schweden eine konstitutionelle Monarchie mit König Carl XVI. Gustaf als Staatsoberhaupt. Der Monarch hat eine symbolische Funktion als Staatsoberhaupt und fast ausschließlich zeremonielle Aufgaben.

Bei den allgemeinen Wahlen in Schweden haben die sieben Millionen Wahlberechtigten die Möglichkeit, mitzubestimmen, wer das Volk im Reichstag, in den Regionalräten und in den Gemeinderäten vertritt.

Wahlberechtigt für alle drei Wahlen ist, wer spätestens am Wahltag 18 Jahre alt ist. Außerdem gelten verschiedene Sonderregelungen:

- Um an den Parlamentswahlen teilnehmen zu können, müssen Sie die schwedische Staatsbürgerschaft besitzen und mit Wohnsitz in Schweden gemeldet sein bzw. gemeldet gewesen sein.
- Um an den Gemeinde- und Regionalratswahlen teilnehmen zu können, müssen Sie schwedischer Staatsbürger
- oder Staatsbürger eines EU-Landes, Islands oder Norwegens und in der betreffenden Gemeinde/der betreffenden Region mit Wohnsitz gemeldet sein,
- oder Staatsangehöriger eines anderen, oben nicht genannten Landes sein, seit mindestens drei aufeinander folgenden Jahren in Schweden als Einwohner gemeldet sein und in der betreffenden Gemeinde/der betreffenden Region als Einwohner gemeldet sein.

Neben der Stimmabgabe bei Wahlen gibt es in Schweden noch andere Möglichkeiten, die Politik zu beeinflussen. Dazu gehören der Beitritt zu einer politischen Partei, die Abgabe von Stellungnahmen zu Untersuchungsberichten und die Teilnahme an Volksabstimmungen.

Alle fünf Jahre finden außerdem Wahlen zum Europäischen Parlament statt, dem einzigen EU-Organ, das direkt gewählt wird. Jeder, der die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates besitzt und mit Wohnsitz in Schweden gemeldet ist, ist in Schweden wahlberechtigt.

## **Das schwedische Verwaltungsmodell – drei Ebenen**

Schweden wird auf drei Ebenen verwaltet: auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Daneben gibt es noch die europäische Ebene.

**Nationale Ebene:** Der Reichstag, der die Befugnis hat, Gesetze zu erlassen, vertritt das Volk auf nationaler Ebene. Die Regierung regiert Schweden, indem sie die Beschlüsse des Reichstags ausführt und neue Gesetze und Gesetzesänderungen auf den Weg bringt. Die Regierung wird dabei von der Kanzlei der Ministerien und den staatlichen Behörden unterstützt.

**Regionale Ebene:** Schweden ist in 21 Provinzen unterteilt. Jede Provinz hat eine zentrale Regierungsbehörde, die Provinzialregierung. Einige andere staatliche Behörden sind auch auf regionaler und lokaler Ebene tätig. Es gibt 20 Regionen. Sie werden von politischen Versammlungen geleitet, die von der Bevölkerung gewählt werden. Die Hauptaufgabe der Regionen ist die Gesundheitsfürsorge. Provinzen und Regionen decken (mit einer Ausnahme) dasselbe geografische Gebiet ab, so dass sie in der Regel gemeinsam als regionale Ebene betrachtet werden. Die höchsten Entscheidungsgremien sind die Regionalräte. Die Tätigkeit der Regionen wird durch das Gesetz über die kommunale Selbstverwaltung geregelt, aber es besteht ein gewisser Spielraum für Autonomie, d. h. die Entscheidungen in jeder Gemeinde, jeder Provinz oder Region werden in dem jeweiligen Bereich getroffen.

**Lokale Ebene:** Schweden hat etwa 290 Gemeinden. Die Gemeinden sind für den Großteil der öffentlichen Dienstleistungen in Ihrem Wohngebiet zuständig. In ihren Verantwortungsbereich fallen vor allem Vorschulen, Schulen, Sozialdienste und die Altenpflege. Die Gemeinden werden von Politikern regiert, die vom Volk gewählt werden. Die höchsten Entscheidungsgremien sind die Gemeinderäte/Stadträte. Die Tätigkeit der Gemeinden wird durch das Gesetz über die kommunale Selbstverwaltung geregelt, aber wie auf regionaler Ebene gibt es einen gewissen Spielraum für Autonomie.

**Europäische Ebene:** Schweden ist in den EU-Rechtsrahmen eingebunden und beteiligt sich an dem Prozess, in dem neue gemeinsame Vorschriften ausgearbeitet und angenommen werden. Die Regierung vertritt Schweden im Rat der Europäischen Union. Der Ministerpräsident trägt die Gesamtverantwortung für die Entwicklung und Koordinierung der schwedischen EU-Politik und vertritt Schweden im Europäischen Rat, der die Leitlinien für die künftige Zusammenarbeit festlegt.

## **Die schwedische Verfassung**

Die Verfassung hat Vorrang vor allen anderen Gesetzen, und kein anderes Gesetz darf mit ihren Bestimmungen in Konflikt geraten. Sie kann auch nicht so einfach geändert werden wie andere Gesetze. Für Änderungen muss der Reichstag denselben Beschluss bei zwei verschiedenen Gelegenheiten fassen. Außerdem muss zwischen den beiden Beschlüssen eine Parlamentswahl stattgefunden haben.

Die Verfassung regelt die Regierungsform Schwedens, die Thronfolge, die Meinungs- und Pressefreiheit sowie andere Grundfreiheiten und -rechte.

- Die Regierungsform von 1974 verkörpert die grundlegenden politischen Prinzipien, nach denen der Staat regiert wird. Sie definiert und begrenzt die Aufgaben der Regierung, legt die grundlegenden Rechte und Freiheiten des schwedischen Volkes fest und schreibt die Verfahren für die Wahlen zum Reichstag vor.
- Das Thronfolgegesetz von 1810 regelt, wie der schwedische Thron vererbt wird, d. h. wer König oder Königin wird.
- Das Gesetz über die Pressefreiheit von 1949 enthält Bestimmungen über die Pressefreiheit und das Recht auf Zugang zu amtlichen Dokumenten.
- Das Grundgesetz über die Meinungsfreiheit von 1991 garantiert die freie Meinungsäußerung in Radio, Fernsehen, Film und ähnlichen neuen Medien.

### **Die Menschenrechte**

Die Verantwortung dafür, dass die Menschenrechte nicht verletzt werden, liegt beim Reichstag, bei der Regierung und bei der gesamten nationalen, regionalen und lokalen staatlichen Verwaltung. Langfristiges Ziel der Regierung ist es, die uneingeschränkte Achtung der Menschenrechte in Schweden zu gewährleisten.

In Schweden werden die Menschenrechte in erster Linie durch die Verfassung und andere Gesetze und Verordnungen geschützt. Darüber hinaus gilt in Schweden seit 1995 die Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten als Gesetz. Darüber hinaus gibt es weitere internationale zwischenstaatliche Abkommen, in denen die Menschenrechte verankert sind.

Die Bemühungen der Regierung zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte durchdringen sowohl die nationale Politik als auch alle Aspekte der Außenpolitik. Die Zentralregierung, die Gemeinden und die Regionen müssen:

- die Achtung der Grundfreiheiten, zum Beispiel der Meinungs-, Informations- und Versammlungsfreiheit, gewährleisten;
- die Menschen vor Verstößen wie Folter und willkürlicher Inhaftierung schützen;
- die Grundbedürfnisse, wie Wohnen und Bildung, befriedigen;
- Diskriminierung von Personen aus Gründen des Geschlechts, der ethnischen Zugehörigkeit, der Religion oder einer anderen Weltanschauung, einer Behinderung, der sexuellen Ausrichtung, des Alters oder der Transgender-Identität bzw. des Transgender-Ausdrucks bekämpfen.

### **Gleichstellung der Geschlechter**

Schweden hat eine lange Tradition in der Arbeit für die Gleichstellung der Geschlechter. Gleichstellung bedeutet, dass Frauen und Männer in allen Lebensbereichen die gleichen

Rechte und Möglichkeiten haben, z. B. gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt, gemeinsame Verantwortung für Haushalt und Kinder und wirtschaftliche Gleichstellung. Ein wichtiges Jahr in dieser Hinsicht war 1921, als Frauen das Wahlrecht erhielten. Seitdem wurden zahlreiche Reformen durchgeführt und Gesetze erlassen.

Der Anteil der Frauen auf dem schwedischen Arbeitsmarkt ist seit Mitte der 1960er Jahre rasch gestiegen, und heute arbeiten Frauen in fast gleichem Umfang wie Männer. Das Gleichgewicht von Macht und Einfluss zwischen Frauen und Männern ist jedoch in den verschiedenen Bereichen der Gesellschaft immer noch unterschiedlich. Die Politik ist einer der Bereiche, in denen die Gleichstellung der Geschlechter am weitesten fortgeschritten ist. Der Anteil von Frauen und Männern im Reichstag ist fast gleich groß. In anderen Bereichen wie der Wissenschaft, der Kultur, den Massenmedien, der schwedischen Kirche und der Wirtschaft gibt es weniger Frauen in Führungspositionen. Trotz gewisser Veränderungen in den letzten Jahren ist der Unternehmenssektor nach wie vor der am stärksten von Männern dominierte Bereich.

### **Zugang der Öffentlichkeit**

Der Grundsatz des Zugangs der Öffentlichkeit bedeutet, dass die Tätigkeiten der Regierungsbehörden, des Reichstags und der lokalen Entscheidungsgremien so weit wie möglich transparent sein sollten. Um die Transparenz dieser Tätigkeiten zu gewährleisten, wurde der Grundsatz des öffentlichen Zugangs zu amtlichen Dokumenten in einem der Grundgesetze, dem Gesetz über die Pressefreiheit, verankert.

Der Grundsatz des öffentlichen Zugangs berechtigt die Allgemeinheit zum Zugang zu amtlichen Dokumenten. Dokumente, die von der Kanzlei der Ministerien und anderen staatlichen Behörden empfangen oder versendet werden, zum Beispiel Schreiben, Entscheidungen und Untersuchungen, stellen meist amtliche Dokumente dar. In der Regel sollten alle eingehenden Dokumente von der empfangenden Behörde registriert werden.

Anmerkungen und Entscheidungsentwürfe werden normalerweise nicht als amtliche Dokumente eingestuft. Wenn Sie wissen wollen, welche Dokumente sich im Besitz einer Behörde befinden, müssen Sie sich an die betreffende Behörde wenden.

Der Grundsatz des Zugangs der Öffentlichkeit bedeutet auch, dass Beamte und andere Personen, die in der Zentralregierung, in den Gemeinden und Regionen arbeiten, das Recht auf freie Kommunikation haben. Das bedeutet, dass sie – von einigen Ausnahmen abgesehen – das Recht haben, beispielsweise den Medien Dinge mitzuteilen, die andernfalls geheim wären, ohne bestraft zu werden und ohne dass der Arbeitgeber erfährt, wer die Informationen geliefert hat.

## **Ombudsleute**

Eine wichtige Funktion bei der Gewährleistung der Transparenz im öffentlichen Sektor hat das System der Ombudsleute, ein Konzept, das sich in mehreren anderen Ländern durchgesetzt hat.

In Schweden gibt es die folgenden offiziellen Ombudsleute:

- Die Ombudsleute für Justiz (JO) – oder die Ombudsleute des Reichstags, wie sie offiziell heißen – werden vom Reichstag gewählt, um sicherzustellen, dass Regierungsbehörden und Beamte bei der Erfüllung ihrer Aufgaben die geltenden Gesetze und sonstigen Vorschriften einhalten.
- Die Kanzlei des Justizkanzlers (JK) ist in erster Linie dafür zuständig, die staatlichen Behörden und die Gerichte im Namen der Regierung zu beaufsichtigen, den Staat in Gerichtsverfahren zu vertreten, gegen den Staat gerichtete Schadensersatzansprüche zu regeln, in Fällen von Presse- und Meinungsfreiheit als Kläger aufzutreten und als Rechtsberater der Regierung zu fungieren.
- Der Verbraucherombudsmann (KO) verteidigt die Interessen der Verbraucher gegenüber Unternehmen vor Gericht. Die Hauptaufgabe des Verbraucherombudsmannes besteht darin, dafür zu sorgen, dass Unternehmen das Marketinggesetz, das Gesetz über Verbraucherverträge, das Gesetz über Produktsicherheit und das Gesetz über Fernabsatz und Haustürgeschäfte einhalten.
- Die Kanzlei des Antidiskriminierungsombudsmannes (DO) sorgt für die Einhaltung des Antidiskriminierungsgesetzes.
- Der Kinderombudsmann (BO) in Schweden vertritt die Rechte und Interessen von Kindern und Jugendlichen auf der Grundlage der UN-Konvention über die Rechte des Kindes.
- Der Kinder- und Schülervertreter (BEO) hat die Aufgabe, die Rechte von Kindern und Schülern im Einklang mit dem Bildungsgesetz zu fördern.

## **Kontrolle des Staates**

Der Verfassungsausschuss (KU) ist ein Ausschuss des Reichstags, der die Ausübung der Amtspflichten der Minister und die Abwicklung der Regierungsgeschäfte kontrolliert. Er bereitet auch Angelegenheiten vor, die die Verfassung, das Reichstagsgesetz und die Wahl der obersten Rechnungsprüfer betreffen.

Der Schwedische Staatliche Rechnungshof, eine dem Reichstag unterstellte Behörde, prüft die staatlichen Behörden und Unternehmen und stellt sicher, dass sie die Richtlinien,

Vorschriften und Regelungen einhalten. Er prüft auch, ob sie ihre Ziele erreichen, d. h. ob die Regierung und andere Behörden ihre Aufgaben erfüllen.

Einige staatliche Zentralbehörden sind auch Aufsichtsbehörden, das heißt, sie üben selbst eine Kontrolle aus. Auf diese Weise kontrolliert und unterstützt der Staat die Arbeit der Provinzen, Regionen und Gemeinden. Die schwedische Schulaufsichtsbehörde ist beispielsweise eine Aufsichtsbehörde, die die Schulen auf die Einhaltung von Gesetzen und Vorschriften hin überprüft.

### **Schweden in der Welt**

Die internationale und EU-bezogene Arbeit hat mit der Globalisierung und der Mitgliedschaft Schwedens in der EU zugenommen. Alle Ministerien führen EU-bezogene Arbeiten durch, bereiten schwedische Positionen vor und überwachen Angelegenheiten und Fälle vor dem Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH).

### **Schweden und die EU**

Nach einer Volksabstimmung im Jahr 1994 ist Schweden seit dem 1. Januar 1995 Mitglied der Europäischen Union. Die Mitgliedschaft bedeutet, dass Schweden an der Arbeit der EU teilnimmt und die Möglichkeit hat, die dort getroffenen Entscheidungen zu beeinflussen.

Vorläufig bleibt Schweden jedoch außerhalb der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU), deren Mitglieder den Euro als gemeinsame Währung haben. Im September 2003 wurde ein Referendum darüber abgehalten, ob Schweden der gemeinsamen Währung beitreten sollte. Das Ergebnis war, dass 55,9 % der Wähler dies ablehnten.

Rund 1 200 Schweden arbeiten in der EU. Einige von ihnen vertreten Schweden und schwedische Interessen, während andere Teil der EU-Verwaltung sind und zum Beispiel bei der Europäischen Kommission oder ähnlichen Institutionen arbeiten.

### **Schweden und die Vereinten Nationen**

Schweden wurde 1946, ein Jahr nach der Gründung der Organisation, Mitglied der Vereinten Nationen (UNO). Seitdem ist die aktive Beteiligung an der UNO ein wichtiges Element der schwedischen Außenpolitik.

Die schwedische Regierung betrachtet die Zusammenarbeit innerhalb der UNO als wichtigstes Instrument zur Bewältigung der großen globalen Fragen, die mit Leben und Tod zu tun haben. Dabei kann sie auf eine breite Unterstützung im Reichstag zählen. Dies erfordert eine starke UNO und eine enge Zusammenarbeit mit lokalen Organisationen, einzelnen Ländern und der Zivilgesellschaft in allen Teilen der Welt.

Seit den 1960er Jahren hat Schweden an den meisten UN-Friedensmissionen teilgenommen. Über 70 000 Schweden haben im Laufe der Jahre an UN-Einsätzen teilgenommen, und etliche Schweden haben als UN-Vermittler gearbeitet.

Schweden arbeitet in einem breiten Spektrum von UN-Tätigkeitsbereichen mit und war eine treibende Kraft hinter wichtigen Initiativen. Die Abschaffung der Todesstrafe, die Rechte der Kinder, die Abschaffung der Apartheid, das Übereinkommen gegen Folter, die Abrüstung, die Umwelt und die Drogenbekämpfung sind Beispiele für Themen, bei denen Schweden aktiv mitgewirkt hat. Schweden ist einer der größten Geldgeber für verschiedene UN-Gremien im Bereich der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit.

### **Nordische Zusammenarbeit**

Die formelle Zusammenarbeit zwischen den nordischen Ländern ist eines der ältesten und weitreichendsten Beispiele für regionale Zusammenarbeit in der Welt. Die politische Zusammenarbeit basiert auf gemeinsamen Werten und dem Wunsch, Ergebnisse zu erzielen, die zu einer dynamischen Entwicklung beitragen und die nordische Kompetenz und Wettbewerbsfähigkeit steigern.

### **Der Nordische Rat**

Der 1952 gegründete Nordische Rat besteht aus 87 Mitgliedern aus Dänemark, Finnland, Island, Norwegen, Schweden, den Färöer-Inseln, Grönland und Åland. Die Mitglieder des Rates sind Mitglieder der Parlamente der Länder, die von ihrer jeweiligen Partei nominiert und vom Parlament gewählt werden. Es gibt keine Direktwahlen für den Nordischen Rat.

### **Nordischer Ministerrat**

Der 1971 gegründete Nordische Ministerrat ist das Organ der nordischen Regierungszusammenarbeit. Trotz seines Namens ist der Nordische Ministerrat nicht ein einziger Ministerrat, sondern mehrere. Die für bestimmte Politikbereiche zuständigen nordischen Minister treffen sich mehrmals im Jahr im Ministerrat. Eine Ausnahme bilden die Außen- und Verteidigungsminister, die nicht dem Nordischen Ministerrat angehören. Das hindert diese Minister natürlich nicht daran, Sitzungen auf nordischer Ebene abzuhalten.